

Die Krise wird deutliche Spuren auf den Arbeitsmarkt und im kommunalen Haushalt hinterlassen

Die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu nicht gekannten Auftragseinbrüchen insbesondere in den wettbewerbsstarken und exportorientierten Sektoren geführt. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit bisher weniger stark angestiegen als in vielen anderen Industrienationen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass in Deutschland Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit als betriebsinterne Flexibilitätsinstrumente intensiv genutzt und so Beschäftigung – zumindest vorübergehend – gesichert werden konnte. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben beachtliche Opfer gebracht, um Arbeitsplätze in den Unternehmen bisher möglichst zu sichern. In Ländern hingegen, die stärker auf „externe Flexibilität“ wie befristete Beschäftigung und niedrigen Kündigungsschutz setzen, stieg die Arbeitslosigkeit hingegen weit stärker. Doch auch bei uns sind die konjunkturellen Risiken immer noch beachtlich. Auch wenn einige konjunkturelle Indikatoren sich nicht weiter eintrüben sollten, steht das Schlimmste am Arbeitsmarkt noch bevor. Wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung wieder nicht beleben wird, bleibt die Erholung viel zu schwach, um einen selbsttragenden Aufschwung herbei zu führen.

Regionale Bedeutung der Kurzarbeit

Die Zahl der Kurzarbeiter ist im ersten Halbjahr 2009 deutlich angestiegen. Mitte des Jahres wurde an 1.433.000 Arbeitskräfte Kurzarbeitergeld gezahlt. Gemessen an den sozialversichert Beschäftigten weist die relative Betroffenheit große regionale Unterschiede auf.

Deutlich überproportionale Kurzarbeitsquoten sind im Süden und Westen Deutschlands zu verzeichnen. Niedersachsen, Schleswig-Holstein sowie die meisten östlichen Bundesländer hingegen weisen eher unterdurchschnittliche Werte auf. Ausnahme hiervon sind der Süden von Sachsen, Thüringen und einzelne Agenturbezirke in den anderen Bundesländern. Dies

hängt vor allem mit den regionalen Wirtschaftsstrukturen zusammen. In Regionen, deren Betriebe bzw. deren Zulieferer stärker exportabhängig sind, ist die relative Betroffenheit höher. In der Metallerzeugung und –bearbeitung befanden sich beispielsweise Mitte 2009 rd. 35,3 % der Beschäftigten in Kurzarbeit und in der Automobilindustrie 21,5 %.

Über alle Branchen hinweg lag die Kurzarbeiter-Quote – gemessen an den sozialversichert Beschäftigten in den alten Ländern bei 5,5 % und bei 3,3 % in den neuen Ländern. Die höchste Quote wurde in Baden-Württemberg mit 8,1 % erreicht, gefolgt vom Saarland (7,7 %) und Bayern (5,9 %). Schlusslicht bildete Mecklenburg-Vorpommern, wo lediglich 1,6 % der Beschäftigten Kurzarbeit leisteten, gefolgt von Berlin mit einer Quote von 1,7 %. In Thüringen lag die Quote mit 5,8 % bereits über dem Schnitt der westlichen Länder und auch höher als in NRW. In Sachsen lag die Quote der Kurzarbeiter mit 4,3 % gleichauf mit Hessen und noch über dem Niveau von Schleswig-Holstein, Hamburg oder Niedersachsen.

Arbeitslosigkeit wird steigen

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Wirtschaft nach minus -5,0 % in diesem Jahr in 2010 wieder um 1,2 % steigen wird. Dies wird aber keinesfalls ausreichen, um die Beschäftigung stabilisieren zu können. Nach den neuen gesamtwirtschaftlichen Eckwerten der Bundesregierung wird sich die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in 2010 um 2,0 % sinken und die Arbeitslosigkeit von erwarteten 3,458 Mio. Arbeitslosen in diesem Jahr um 640.000 auf 4,098 Mio. erhöhen. Dabei wird der Arbeitsmarkt in diesem und dem kommenden Jahr um jeweils 140.000 entlastet, weil mehr Ältere aus dem Erwerbsleben ausscheiden als Junge in den Arbeitsmarkt eintreten. Auch in den Jahren 2006 bis 2008 wurde der Arbeitsmarkt durch die demografische Entwicklung insgesamt entlastet, weil das Arbeitskräfteangebot in den neuen Ländern bereits früher zurück ging. In den nächsten Monaten wird es kaum Einstellungen geben und auch bei uns vermehrt zu Entlassungen kommen.

Gesamtwirtschaftliche Eckwerte der neuen Bundesregierung für 2009 und 2010

	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	2009	2010	2009	2010
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	-0,5	0,7	-0,5	0,8
Beschäftigte Arbeitnehmer	-0,2	-2	0,1	-2
Arbeitslose in 1000	2.316	2.796	1.142	1.302
Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber Vorjahr	171	480	19	160

Quelle: zusammengestellt nach den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten der neuen Bundesregierung, 16. Oktober 2009

Auch wenn insbesondere die westdeutsche Wirtschaft bisher von der konjunkturellen Talfahrt betroffen ist, wird die Arbeitslosigkeit nächstes Jahr sowohl in Ost und West gleichermaßen steigen. Nach den Prognosen der Bundesregierung wird mit 2,796 Mio. Arbeitslosen im Westen bzw. 1,302 Mio. in den neuen Ländern, die Arbeitslosigkeit in Ost wie in West über dem Niveau von 2007 steigen.

Einkommensverluste infolge steigender Arbeitslosigkeit

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt Dreh- und Angelpunkt auch für die Entwicklung des Konsums. Mit jedem Arbeitslosen mehr sinkt das verfügbare Nettoeinkommen und beeinträchtigt den binnenwirtschaftlichen Verbrauch.

Die Einkommensverluste durch Arbeitslosigkeit belaufen sich netto im Schnitt pro Person auf 5.300 – 5.500 Euro pro Jahr. Der von der Bundesregierung erwartete Anstieg der Arbeitslosigkeit allein wird zu einem zusätzlichen Kaufkraftverlust von bundesweit rund 3,5 Mrd. € führen. Mit rund 2,5 Mrd. € entfällt der Großteil auf die alten Bundesländer, doch auch in den neuen Ländern führt der Anstieg der Arbeitslosigkeit um rund 160.000 im kommenden Jahr zu einem nochmaligen Einkommensausfall von fast 800 Mio. €. Es bleibt zu hoffen, dass der Arbeitsmarkt nicht noch stärker auf die Krise reagiert und sich die Zweitrundeneffekte nicht noch erhöhen.

Hohe gesamtwirtschaftliche Kosten der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit verursacht bekanntlich hohe gesamtgesellschaftliche Lasten, die zu Mehrausgaben und Minderausgaben in allen öffentlichen Haushalten führen. Im Jahr 2007 summierten sich diese Kosten der Arbeitslosigkeit nach Berechnungen des IAB auf knapp 18.000 € pro Arbeitslosen (siehe IAB - Kurzbericht 14/2008). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit allein in 2010 voraussichtlich um weitere 10 Mrd. € gegenüber diesem Jahr ansteigen lassen. Der Bund und die Bundesagentur tragen dabei mit 56 % die Hauptlast. Doch auch Kommunen und Länder, sowie die anderen Sozialversicherungsträger werden deutlich belastet. Über die rein fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit entstehen aber weitere schwer abschätzbare Kosten, die auf den ersten Blick kaum wahrgenommen werden, wie psycho-soziale oder gesundheitliche Belastungen infolge von Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosigkeit verschärft Finanzprobleme der Kommunen

Die finanziellen Perspektiven der Kommunen sind vor diesem Hintergrund sehr düster. Die ohnehin vielerorts äußerst schwierige Finanzsituation droht sich weiter zu verschlechtern. Die Gewinnbrüche bei den Unternehmen schlagen hier ebenso negativ zu Buche, wie die steigende Arbeitslosigkeit.

Im Schnitt werden die Kommunen allein infolge der Arbeitslosigkeit mit rund 2.000 € je Arbeitsloser belastet; allein in diesem Jahr summieren sich diese kommunalen Lasten bundesweit auf rund 6,8 Mrd. € und werden sich im kommenden Jahr voraussichtlich nochmals um etwa 1,3 Mrd. € erhöhen (davon gut 300 Mio. allein in den neuen Ländern).

Belastungen von Kommunen und Ländern durch registrierte Arbeitslosigkeit

	Belastungen in Mrd. €	Belastungen in Mrd. €
	2009	2010
alte Länder		
-Kommunen	4,6	5,5
-Länder	3,2	3,8
neue Länder		
-Kommunen	2,2	2,6
-Länder	1,6	1,8

Quelle: eigene Berechnungen auf der Basis der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Bundesregierung vom 16.10.2009

Rund ein Viertel dieser kommunalen Belastungen entfallen auf Mindereinnahmen bei den (anteiligen) Einkommens- und Verbrauchssteuern und zu drei Viertel auf die Mehrausgaben insbesondere für anteilige Hartz IV–Leistungen (wie Miet- und Heizkosten). Auch wenn sich Entlassungen aktuell in stärkerem Maße in der Arbeitslosenversicherung bemerkbar machen, wird mit anhaltender Wirtschaftsschwäche auch das Hartz IV-System wieder stärker in Mitleidenschaft gezogen. Die Belastungen der Kommunen durch Arbeitslosigkeit sind bereits heute größer als vor den Hartz–Reformen; denn die von Städten und Gemeinden zu finanzierenden Kosten der Unterkunft wiegen schwerer als die frühere Sozialhilfe. Zugleich brechen insbesondere die Einnahmen beider Gewerbesteuer weg. Vielerorts übersteigen die Ausgaben die Städte und Gemeinden bereits die Einnahmen.

Mit der jetzt geplanten neuen Steuersenkungen der schwarz-gelben Regierung wird sich die finanzielle Not der Kommunen noch vergrößern. Spätestens nach Auslaufen der konjunkturpolitischen Hilfen drohen prozyklische Kürzungen bei den Kommuneninvestitionen und neuerliche Gebührenerhöhungen. Die Zeche dafür müssen alle Bürgerinnen und Bürger

zahlen, aber vor allem die, die besonders auf kommende Leistungen angewiesen sind. Einen stimulierenden Effekt für das Wirtschaftswachstum werden die Kommunen keinesfalls auslösen können. Vielmehr drohen die kommunalen Belastungen das Wirtschaftswachstum eher zu bremsen.

Die Ausgabenanteile der Länder sind hingegen mit den Hartz–Reformen leicht gesunken, da die Kosten der Unterkunft für Hartz IV vorrangig von den Kommunen – und anteilig vom Bund – übernommen werden, und die Länder so weniger beim Wohngeld zahlen müssen. Doch auch sie werden noch mit 1.365 € pro Jahr und Arbeitslosen belastet.